

Die Hausabrisse von Sur Baher veranschaulichen eine brutale Spirale der Unterdrückung in Palästina

Jonathan Cook, jonathan-cook.net

Je mehr der Westen Kritik unterdrückt, desto mehr schwelgt Israel in seiner Straffreiheit.

Die neuesten Ereignisse haben nicht nur gezeigt, wie Israel seinen Missbrauch der Palästinenser unter seiner Herrschaft verstärkt, sondern auch die völlig verkommene Mitschuld der westlichen Regierungen an ihren Handlungen.

Die Ankunft Donald Trumps im Weißen Haus vor zweieinhalb Jahren hat Israel wie nie zuvor dazu ermutigt und sich frei fühlen lassen, immer neue Wellen der Brutalität in den besetzten Gebieten zu entfesseln.

Israel hätte die C-Gebiete schon vor 20 Jahren an die Palästinensische Behörde übergeben müssen. Anstattdessen hat sie die Palästinenser aus diesen Gebieten verjagt, um sie für die illegale jüdische Besiedlung freizumachen.

Westliche Staaten haben nicht nur die Augen vor diesen Gewalttaten verschlossen, sondern helfen aktiv dabei, jeden zum Schweigen zu bringen, der es wagt, sich zu äußern. Dies führt schnell zu einem Teufelskreis: Je mehr Israel internationale Gesetze bricht, desto mehr unterdrückt der Westen Kritik und desto mehr schwelgt Israel in seiner Straffreiheit. Diese abscheuliche Abwärtsspirale wurde letzte Woche in aller Deutlichkeit klar, als hunderte schwer bewaffnete israelische Soldaten, von denen viele maskiert waren, den am Stadtrand von Jerusalem liegenden Stadtteil Sur Baher, überfielen. Sprengstoff und Bulldozer zerstörten Dutzende Häuser und ließen viele hundert Palästinenser ohne ein Dach über dem Kopf zurück.

Während der Operation wurde extreme Gewalt gegen die Anwohner und internationale Freiwillige angewandt, die in der verzweifelten Hoffnung, dass ihre Anwesenheit Gewalt verhindern würde, präsent waren. Auf Videos waren Soldaten zu sehen, wie sie jubelnd die Zerstörung feierten.

Die Zerstörung von Häusern ist seit langem ein hässliches Grundmuster der militärischen Besatzung durch Israel, doch bei dieser Gelegenheit gab es Anlass zu zusätzlichen Befürchtungen.

Traditionell erfolgen Zerstörungen auf den zwei Dritteln des Westjordanlandes, die durch das Osloer Abkommen vorübergehend unter israelischer Kontrolle stehen. Das ist schon schlimm genug: Israel hätte die C-Gebiete schon vor 20 Jahren an die Palästinensische Behörde übergeben müssen. Anstattdessen hat es die Palästinenser aus diesen Gebieten verjagt, um sie für die illegale jüdische Besiedlung freizumachen. **Doch die Zerstörungen fanden in den A-Gebieten statt, also auf Land das in den Verträgen von Oslo der zukünftigen palästinensischen Regierung, als Vorbereitung palästinensischer Staatlichkeit untersteht.**

Zu Recht befürchten die Palästinenser, dass Israel einen gefährlichen Präzedenzfall geschaffen hat, indem es die Oslo-Abkommen weiter außer Kraft setzt, was eines Tages dazu führen könnte, viele tausend weitere Palästinenser vom Land unter der Kontrolle der PA zu vertreiben.

Die meisten westlichen Regierungen erhoben kaum ihre Stimme. Sogar die Vereinten Nationen brachten lediglich einen leisetretischen Ausdruck von „Traurigkeit“ über das Geschehene heraus.

Ein paar Kilometer nördlich in *Issawiya*, einem anderen Vorort Jerusalems, terrorisieren israelische Soldaten schon seit Wochen 20.000 Palästinenser. Es wurden Kontrollposten eingerichtet, Dutzende von willkürlichen nächtlichen Verhaftungen durchgeführt, willkürlich Geldstrafen und Strafzettel verhängt und scharfe Munition und gummierte Stahlkugeln in Wohngebiete geschossen. Die israelische Menschenrechtsgruppe *Ir Amim* nennt den Umgang mit *Issawiya* eine „fortwährende Kollektivbestrafung“, was ein Kriegsverbrechen ist.

Das harte Durchgreifen ist nur ein weiterer Beweis dafür, dass die westliche Unterstützung für Israel tatsächlich auf gemeinsamen Werten beruht, und zwar solchen, die die Palästinenser als geringerwertige Individuen betrachten, deren Rechte nach Belieben mit Füßen getreten werden können.

In Gaza werden die 2 Millionen Einwohner nicht nur durch die 12-jährige israelische Blockade langsam ausgehungert, sondern auch die wöchentliche Schießerei auf Palästinenser, die gegen diese Situation am Zaun protestieren, ist so zur Routine geworden, dass sie kaum noch Aufmerksamkeit erregt. Am Freitag töteten israelische Scharfschützen einen Demonstranten und verletzten 56 schwer, darunter 22 Kinder.

Das folgte neuen Enthüllungen, dass die israelische Politik, unbewaffnete Demonstranten in die Oberschenkel schießen lässt, um sie zu verwunden, was ein weiteres Kriegsverbrechen darstellt, und auch dann noch andauerte, nachdem klar wurde, dass ein erheblicher Teil der Palästinenser an ihren Verwundungen starben.

Verspätet, nach mehr als 200 Todesfällen, schwerer Invalidität von vielen tausend Palästinensern, wurde den Scharfschützen geraten, sich „zurückzunehmen“, und Demonstranten in die Fussgelenke zu schießen.

B'Tselem, eine andere israelische Menschenrechtsorganisation, nannte die Schieß-Regelung der Armee „kriminell“, die „bewusst beschlossen hat, die auf der anderen Seite des Zauns stehenden Personen nicht als Menschen zu betrachten“. Anstatt diese kriminelle Praxis zu beenden, zieht Israel es vor sie zu verschleiern und hat die palästinensischen Gebiete wirksam abgeschottet, um so eine Überprüfung zu verhindern.

Dem für *Human Rights Watch* ermittelnde Omar Shakir droht die Abschiebung, ein weiterer Beweis für das wachsende Vorgehen Israels gegen Menschenrechtsgruppen. Ein Bericht der palästinensischen *Right to Enter*-Kampagne wies letzte Woche darauf hin, dass Israel Ausländern systematisch die Erlaubnis verweigert, in den besetzten Gebieten zu leben und zu arbeiten, einschließlich der Gebiete, die angeblich unter der Kontrolle der PA stehen.

Dies betrifft sowohl PalästinenserInnen die im Ausland geboren sind, oft diejenigen, die einheimische PalästinenserInnen heiraten und ausländische StaatsbürgerInnen. Jüngsten Berichten zufolge verdrängt Israel aktiv Akademiker, die an der führenden Universität des Westjordanlandes, Bir Zeit, lehren, was einen schweren Schlag für die palästinensische akademische Freiheit bedeutet.

Palästinensische Journalisten, die auf israelische Verbrechen hinweisen, sind ebenfalls im Visier der Israelis. Letzte Woche entzog Israel Mustafa Al Haruf seine Jerusalemer Residenz und entriss ihn seiner Frau und

seinem kleinen Kind. Da es illegal ist, jemanden staatenlos zu belassen, mobbt Israel jetzt Jordanien, das ihn akzeptieren soll.

Eine weitere Ausschlusspolitik, die Verweigerung der Einreise für Israels schärfste Kritiker, die die internationale Boykott-, Desinvestitions- und Sanktionsbewegung (BDS) unterstützen, steht vor ihrer ersten Herausforderung. Zwei US-Kongressabgeordnete, die beide BDS unterstützen, Ilhan Omar und Rashida Tlaib, die Familienangehörige im Westjordanland hat, haben angekündigt, Pläne für einen Besuch zu machen.

Israelische Regierungsvertreter haben angekündigt, dass sie, offenbar aus Angst, die Aufmerksamkeit auf die drakonischen Einreisebeschränkungen Israels zu lenken, die auch für die besetzten Gebiete gelten, von der Regelung ausnehmen werden.

Israel ist wahrscheinlich zu „vorsichtig“, denn die BDS-Bewegung, die allein für Strafmaßnahmen gegen Israel eintritt, bis es die Misshandlung von Palästinensern einstellt, wird von westlichen Regierungen unterdrückt. In den USA und Europa wird scharfe Kritik, auch von Juden an Israel, geschweige denn Forderungen nach wirksamem Handeln, mit Antisemitismus zusammengerührt. Grossteils scheint dieser Furor dazu gedacht zu sein, die Kritiker Israels zum Schweigen zu bringen.

Mehr als zwei Dutzend US-Bundesstaaten sowie der Senat haben Gesetze, die von Pro-Israel-Lobbygruppen erarbeitet wurden, verabschiedet, um das Recht der amerikanischen Öffentlichkeit auf Unterstützung von Boykotten gegen Israel zu beschränken.

Auch vom deutschen und französischen Parlament wurden Anti-BDS-Gesetze verabschiedet

[**Anmerkung:** Das deutsche Parlament hat kein Gesetz verabschiedet, lediglich eine Resolution debattiert, wonach BDS-Veranstaltungen keine öffentlichen Räume zur Verfügung gestellt werden sollen und keine finanzielle Unterstützung an Organisationen gewährt werden sollen, die BDS unterstützen. Inzwischen (Anfang August) wurde entschieden, dass die Bundesregierung, die BDS-Resolution **nicht** übernimmt, da sie sich für die strafrechtliche Bewertung nicht zuständig sieht, siehe:

<https://www.welt.de/politik/deutschland/article198455551/BDS-Bewegung-Bundesregierung-sieht-keinen-Handlungsbedarf.html>].

Letzte Woche schloss sich ihnen das US-Repräsentantenhaus an und verabschiedete mit überwältigender Mehrheit eine Resolution, in der die BDS-Bewegung verurteilt wurde. Nur 17 Abgeordnete lehnten dies ab.

Dies war ein Schlag in Frau Omars Gesicht, die für ein Gesetz warb, das den ersten Verfassungszusatz auch für Boykott-Unterstützer wahren sollte.

Es erscheint absurd, dass sich diese Einschränkungen der Meinungsfreiheit genau dann entwickelt haben, als deutlich wurde, dass Israel keinerlei Interesse an einem Frieden hat, nie einen palästinensischen Staat anerkennen wird und ein dauerhaftes Apartheidsystem in den besetzten Gebieten etabliert.

Doch es gibt keinen Grund überrascht zu sein. Das harte Durchgreifen ist nur ein weiterer Beweis dafür, dass die westliche Unterstützung für Israel tatsächlich auf gemeinsamen Werten beruht, und zwar solchen, die die Palästinenser als geringerwertige Individuen betrachten, deren Rechte nach Belieben mit Füßen getreten werden können.

28.07.19

Übersetzung: M. Kunkel, Pako – palaestinakomitee-stuttgart.de

Quelle: <https://www.jonathan-cook.net/2019-07-28/sur-baher-home-demolitions-israel-palestine/>